

Profite mit dunklen Wolken

Das europäische Emissionshandelssystem ist Vorbild für viele Industrieländer

CHRISTIAN MIHATSCH

Um den Ausstoss von klimaschädlichem CO₂ zu reduzieren, hat die EU einen Handel mit CO₂-Emissionsrechten entwickelt. Dadurch können die Kosten für die erforderlichen Anpassungen massiv gesenkt werden.

Von einem derartigen Kurssturz erholen sich nicht viele: Im April 2006 war eine Tonne CO₂ an der European Climate Exchange rund 30 Euro wert; im Dezember 2007 noch 3 Cents. Die EU-Staaten hatten zu viele Emissionsrechte an ihre Industrien ausgegeben. Als die Händler dies merkten, brach der Kurs ein. Zum Glück war es nur die Generalprobe, die überzähligen Verschmutzungsrechte verfielen per Ende 2007.

ERNST. Seit Anfang dieses Jahres gilt es nun ernst: Der europäische Emissionshandel hat seine erste fünfjährige Handelsperiode begonnen (Anfang 2008 bis Ende 2012). Beteiligt sind 12 000 Stromerzeuger, Zementhersteller und Papierfabriken. Diese Branchen sind für 40 Prozent des europäischen CO₂-Ausstosses verantwortlich. Ab Januar 2012 müssen ausserdem alle Fluggesellschaften, die Europa anfliegen, an dem Handelssystem teilnehmen.

Die Zuteilung der Emissionsrechte erfolgt dabei in zwei Schritten: Erst werden Emissionsobergrenzen für die verschiedenen Länder festgelegt und Emissionszertifikate an diese verteilt. Anschliessend verteilen die Länder diese Zertifikate im Wert von je einer Tonne CO₂ an die beteiligten Firmen. Wer mit seiner Zuteilung an Verschmutzungsrechten nicht auskommt, also zu viel CO₂ produziert, muss entweder seine Emissionen senken oder weitere Zertifikate zukaufen. Wer weniger CO₂ ausstösst, kann seine überzähligen Zertifikate verkaufen. Die Emissionen werden also erst gedeckelt und dann gehandelt



Geschäft. Wer eine Tonne CO₂ zu viel in die Luft lässt, kann zurzeit für 18,45 Euro ein Emissionszertifikat kaufen. Foto Keystone

(Cap and Trade). Um die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Klimaprotokoll zu erfüllen, werden kontinuierlich weniger Zertifikate ausgegeben. Diese werden dadurch immer wertvoller. Derzeit ist das Recht, eine Tonne CO₂ emittieren zu dürfen, 18,45 Euro wert (siehe Kurstabelle). Das heisst, dass sich Energiesparmassnahmen, die weniger als 18,45 Euro pro Tonne CO₂ kosten, für die Unternehmen rechnen. Sie können das eingesparte Zertifikat an einer der Klimabörsen verkaufen. So stellt das Handelssystem sicher, dass in allen beteiligten Firmen dort in Energieeffizienz investiert wird, wo es am billigsten ist. Dadurch werden die Kosten für die Anpassungsmassnahmen massiv reduziert: In den USA wurde bereits in den 90er-Jahren ein

Handelssystem für Schwefelverbindungen eingeführt, um den sauren Regen zu bekämpfen. Ökonomen schätzen, dass dadurch die Kosten für die nötigen Anpassungen in der Industrie um 80 Prozent reduziert werden konnten.

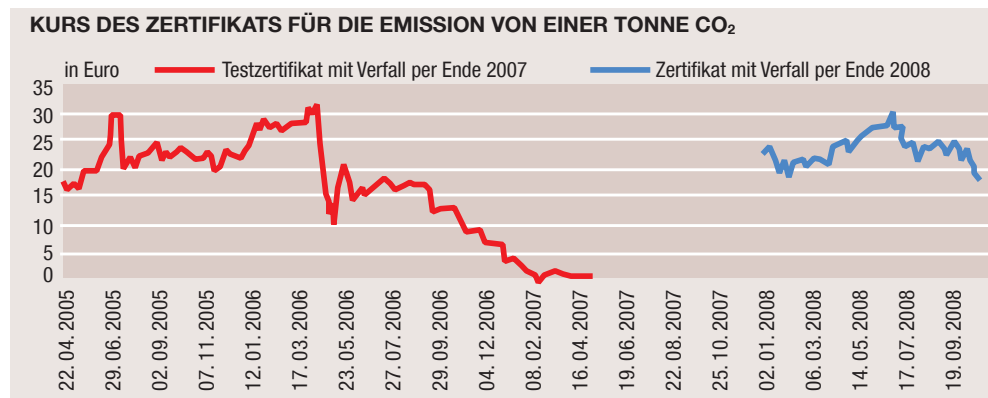
AUKTIONEN. Im Fall des europäischen CO₂-Handels können ausserdem die erforderlichen Emissionsreduktionen in Drittländern vorgenommen werden. Wer in China Windräder baut oder in der Ukraine eine Stahlfabrik saniert, bekommt für das dadurch eingesparte CO₂ ebenfalls Zertifikate. Diese «Kyoto-Zertifikate» können nun in EU-Zertifikate umgewandelt werden. Zur Freude der Marktteilnehmer sind seit Mitte Oktober die EU- und Kyoto-Computersysteme integ-

riert. Die EU-Länder diskutieren bereits die Regeln für die nächste Phase (2013 bis 2017). Der grosse Streitpunkt ist die weitgehend kostenlose Zuteilung der Zertifikate: 90 Prozent der Emissionsrechte werden gratis an die Firmen abgegeben und maximal 10 Prozent dürfen versteigert werden. So sollen Nachteile für die Industrie, die sich im Wettbewerb mit Firmen aus Ländern ohne Emissionshandel befindet, vermieden werden. Für die Stromerzeuger hingegen ist das ein Bombengeschäft: Während sie den Zertifikatspreis auf den Strompreis umlegen, bekommen sie die meisten Zertifikate geschenkt. Vorgesehen ist nun, den Anteil der versteigerten Zertifikate auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen. Umstritten ist aber die Aufteilung auf

Industrie und Kraftwerksbetreiber. Deutschland schlägt vor, der Industrie weiterhin alle Zertifikate zu schenken und dafür die Stromfirmen für die Zertifikate zahlen zu lassen. Dagegen wehrt sich aber Polen, das 90 Prozent seines Stroms aus CO₂-trächtigen Kohlekraftwerken bezieht.

Noch ist das europäische Emissionshandelssystem nicht perfekt. Trotzdem ist es mittlerweile das weltweit grösste und ein Exportschlager: Australien, Neuseeland, einzelne amerikanische und kanadische Bundesstaaten sowie Japan haben in den letzten Monaten eigene Handelssysteme vorgestellt.

Der aktuelle CO₂-Kurs findet sich auf der Seite der European Climate Exchange:
> www.europeanclimateexchange.com



Gelernt. Der Start war ein Fehlschlag. Nun gibt es weniger Zertifikate. Grafik Rebekka Heeb

Schweiz nicht dabei

NATIONALES SYSTEM. Im Gegensatz zu den EWR-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein nimmt die Schweiz nicht am europäischen Emissionshandel teil. Seit dem 1. Januar 2008 gibt es in der Schweiz ein nationales Handelssystem. Die Verknüpfung der beiden Systeme könnte aber durch ein entsprechendes Abkommen geregelt werden. Damit würden die

Schweizer und die EU-Emissionsrechte für Treibhausgas gegenseitig anerkannt. So können Wettbewerbsnachteile für Schweizer Unternehmen verhindert werden, die dadurch Zugang zu einem sehr viel grösseren Markt bekommen. Die EU strebt eine Verknüpfung ihres Systems mit anderen Systemen an, um auf dieser Basis einen globalen Markt zu schaffen. mic

nachrichten

Nokia erwartet einen schrumpfenden Markt

HELSINKI. Der weltweite Handy-Markt wird dem Branchenführer Nokia zufolge im kommenden Jahr schrumpfen. Schon im laufenden vierten Quartal 2008 werde der branchenweite Absatz schwächer wachsen als bisher erwartet, teilte Nokia am Freitag mit. Deshalb rechnet man für dieses Jahr mit insgesamt 1,24 Milliarden abgesetzten Handys aller Anbieter statt der bisher erwarteten 1,26 Milliarden. Der Marktanteil von Nokia werde gleichbleiben oder leicht zulegen. Im dritten Quartal war Nokias Marktanteil von 40 auf 38 Prozent gesunken. Es wäre das erste Mal seit Anfang des Jahrzehnts, dass der Handy-Markt in einem Jahr schrumpft. SDA

Ärger mit Äxten und Kaninchen

ZÜRICH. Migros und Coop stoppen per sofort sämtliche Kaninchenfleisch-Lieferungen aus Ungarn. Als Grund gibt Migros schockierende Bilder von kranken Kaninchen an, die dem «Kassensturz» zugespielt und diese Woche der Migros vorgelegt wurden. Die Bilder seien erwiesenermassen im vergangenen Sommer in einem Mastbetrieb der Migros-Lieferantin Delimpex aufgenommen worden. Der Stopp werde so lange aufrechterhalten, bis eine Kontrolle vor Ort das Ausmass der Situation aufzeige und Delimpex glaubhaft versichern könne, dass solch unhaltbare Zustände nicht mehr vorkommen werden. Coop sieht im Lieferstopp eine vorbeugende Massnahme. Migros und Obi rufen zudem Äxte der Marke «Lux Tomahawk» zurück, weil deren Kunststoffstile brechen können. SDA

Überwacher des Rettungspaketes

WASHINGTON. US-Präsident George W. Bush hat mit Neil Barofsky einen Sonderbeauftragten für die Überwachung des 700 Milliarden Dollar schweren Rettungspaketes für die Banken in den USA berufen. Seine Nominierung muss noch durch den Senat gebilligt werden. Barofsky ist Staatsanwalt in New York und der Chef einer Gruppe, die den Hypothekenschwindel bekämpft. Er hatte im Buchhaltungsbetrag des inzwischen insolventen US-Unternehmens Refco die Ermittlungen geleitet. Dabei ging es um einen Betrug in Höhe von 2,4 Milliarden Dollar. SDA

Sun Microsystems will 6000 Stellen streichen

SAN FRANCISCO. Der IT-Konzern Sun Microsystems will im Laufe des nächsten Jahres zwischen 5000 und 6000 Stellen streichen – das sind bis zu 18 Prozent der weltweiten Belegschaft. Wie das Unternehmen am Freitag mitteilte, sollen dadurch jährlich 700 Millionen bis 800 Millionen Dollar eingespart werden. Sun-Chef Jonathan Schwartz erklärte, seine Firma sei von der Finanzkrise schwer getroffen worden. Kunden bekämen keine Kredite mehr, um die teuren Server von Sun Microsystems kaufen zu können. Analysten bezeichneten die Stellenstreichungen als überfällig. AP

Gewerkschaften einig mit «neuer» Alitalia

ROM. Das italienische Investorenbündnis CAI kann mit der Anstellung des Personals der «alten» Alitalia beginnen. Die Gewerkschaften und CAI haben einen Pakt zur Umsetzung des entsprechenden Abkommens unterzeichnet. Über 12 000 Mitarbeiter soll die neue Firma beschäftigen, die aus der Fusion der Alitalia mit der privaten italienischen Gesellschaft Air One entstehen soll. Der CAI-Plan sieht die Streichung von 3250 Jobs vor. SDA

Zürcher bringen Hypothekarzinsatz unter Druck

Immer mehr Banken senken den Zins – Basler und Basellandschaftliche Kantonalbank wollen abwarten

RAHEL KOERFGEN

Die Zürcher Kantonalbank geht bei der Senkung der Hypothekarzinsen weiter als andere Banken: Sie reduziert den Richtsatz auf 3,0 Prozent. Bei der Basler und der Basellandschaftlichen Kantonalbank hingegen bewegt sich (noch) nichts.

Bei der jüngsten Hypothekarzinsrunde als Reaktion auf die Leitzinssenkung durch die Schweizerische Nationalbank machen immer mehr Banken mit: Nachdem die Raiffeisenbank bereits am 6. November die Senkung des variablen Hypothekarzinsatzes um einen viertel Prozentpunkt empfohlen hatte, hat jüngst auch die Zürcher Kantonalbank (ZKB) als grösste Staatsbank ebenfalls eine Senkung des Richtsatzes beschlossen. Sie schliesst sich damit etlichen Banken an, welche in den letzten Tagen eine Senkung der Hypozinsen auf das Niveau von 3,25 beziehungsweise 3,125 Prozent angekündigt haben. Dazu gehören die führende Schweizer Regionalbankengruppe Valiant, aber auch mehrere Kantonalbanken wie jene von Lu-

zern, St. Gallen, Appenzell, Graubünden, Jura, Neuenburg und Aargau.

Die ZKB macht aber einen noch grösseren Zinsschritt: Der Richtsatz für variable Hypotheken wurde nämlich nicht lediglich um ein viertel, sondern sogar um ein halbes Prozent auf 3,0 Prozent reduziert. Für Neudarlehen gilt die Zinssenkung ab sofort, für bestehende Darlehen ab dem 1. März 2009. Damit entlaste die Bank die privaten Haushalte, so die ZKB. Die Freiburger Kantonalbank wiederum will so ihre «Solidarität gegenüber ihren Kunden ausdrücken», wie sie am Freitag bekannt gab.

ZUWARTEN. Der deutliche Schritt der ZKB setzt jene Banken, welche den Zinssatz bis anhin nicht gesenkt haben, wohl noch mehr unter Druck. Dazu gehören auch die Basler (BKB) und die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB). Die BKB will den Zinssatz für variable Hypotheken vorerst nicht senken: Man beob-

achte die Situation an den Geld- und Kapitalmärkten aber weiterhin sehr genau, so Mediensprecher Michael Buess. Das Thema einer allfälligen Zinssenkung würde auf jeden Fall diskutiert. Die BKB gibt sich aber gewohnt vorsichtig: «Die Frage ist, ob sich die Aussicht auf ein anhaltend tieferes Zinsniveau effektiv bestätigt», so Mediensprecher Michael Buess. Die Bank will deshalb noch zuwarten.

Auch die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) sieht sich momentan nicht dazu veranlasst, bei der jüngsten Hypothekarzinsrunde mitzumachen. Sie hat sowieso einen Trumpf im Ärmel: «Unsere Viertelfünf-Hypothek hat bereits seit April 2008 einen Zinssatz von 3,25 Prozent», sagt BLKB-Sprecher Christoph Loeb. Dabei handle es sich um eine variable Hypothek mit einer festen Laufzeit von fünf Jahren. Loeb gibt gleichzeitig zu bedenken, dass eine Senkung des Hypozinses im Normalfall auch eine Senkung der Spartzinsen nach sich zieht.